

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Gebäcker, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßkolladen- u. Kekslindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Erste Erscheinung jeden Donnerstag, 1913
Redaktionsfrist Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreispaltiger Zeile 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

Das Aktienkapital in der Mühlen-, Brot- und Kekslindustrie.

Die Entwicklung der Großbetriebe im Bäckergewerbe und den sonstigen mit ihm verwandten Berufen haben wir wiederholt an dieser Stelle besprochen. Das Schlussergebnis war ein fröhliches Anschwellen der fabrikmäßigen Produktionsweise und ein Zurückdrängen der handwerkstypischen Kleinbetriebe. Mit dieser Umwälzung fanden auch die Aktiengesellschaften einen fruchtbaren Boden. Hierüber hat Dr. Lübberts in „Die Mühle“ eine interessante Arbeit veröffentlicht, die uns zeigt, in welchem Tempo die Entwicklung dieser Kapitalkonzentration vor sich ging und in welchem Umfang die Aktienkapitalbildung voranschreitet. Die Arbeit würde noch mehr an Wert gewinnen, wenn die Aktiengesellschaften in der Mühlen-, Brot- und Kekslindustrie gesondert aufgeführt sein würden. Dann erst können wir nachweisen, wie in den einzelnen Industriezweigen die Aktiengesellschaften Eingang gefunden haben. Es müssen wir uns auf allgemeine Betrachtungen der Aktiengesellschaften in diesen drei Industriezweigen beschränken.

Ueber den Stand der Gesellschaften und des Aktienkapitals erhalten wir ein Bild aus nachstehender Zusammenstellung:

Jahr	Zahl der Gesellschaften	Dividendenberechtigtes Aktienkapital in Millionen Mark	Jahre Rücklagen in Millionen Mark	Unternehmenskapital in Millionen Mark
1907/08	72	99,527	16,716	116,283
1908/09	72	90,155	11,892	101,847
1909/10	71	86,981	9,969	96,950
1910/11	72	87,829	8,888	96,715
1911/12	72	90,249	10,601	100,850

Die Gesellschaften sind in den letzten fünf Jahren an Zahl gleichgeblieben, obwohl mit Ausnahme der Jahre in der letzten Krisenperiode in dieser Industrie ganz erhebliche Rücklagen gemacht werden konnten und die Summe des investierten Kapitals keine nennenswerten Schwankungen aufweist. Ein rapides Anwachsen der Aktiengesellschaften ist auch schon deshalb vorerst nicht möglich, weil in der Mühlenindustrie heute schon fast alle Klein- und Mittelbetriebe von den Aktiengesellschaften aufgezogen sind und der Weltmarkt nur von den kapitalistischen Unternehmungen beherrscht wird. In der Brotindustrie stehen wir aber erst im Anfangsstadium der Konzentration zu Aktienbetrieben. Hier vollzieht sich vorerst die Umwandlung der Zweigbetriebe in Mittelbetriebe und die Ausschüttung dieser durch die kapitalistischen Großbetriebe. Wir werden also erst in den kommenden Jahren die Gründung von Aktiengesellschaften in der Brotindustrie wahrnehmen können. In der Kekslindustrie wird die Bildung von Aktiengesellschaften niemals den Umfang annehmen wie in den beiden erwähnten Industriezweigen.

Die Kapitalanhäufung mehr den vorhandenen Belastungen ist aus folgender Zusammenstellung zu ersehen:

Jahr	Verbindlichkeiten in Millionen Mark	Vermögen in Millionen Mark
1907/08	230,709	237,091
1908/09	226,595	228,992
1909/10	220,404	222,980
1910/11	221,378	227,153
1911/12	222,087	230,609

Es waren also an Ueberschüssen des Vermögens über die Schulden vorhanden im Jahre:

1907/08	5,382 Millionen Mark
1908/09	2,397
1909/10	2,476
1910/11	5,776
1911/12	8,522

Der Vermögensüberschuss hat in den fünf Jahren eine Steigerung von 2,140 Millionen Mark erreicht.

Ueber die Ergebnisse, die erzielten Ueberschüsse oder Verluste, die ausgeworfene Summe von Dividenden und das Prozentverhältnis gibt uns nachstehende Zusammenstellung Auskunft:

Jahr	Jahresertrag in Millionen Mark	Ertrag in Prozenten	Dividendensumme in Millionen Mark	Dividende in Prozenten
1907/08	7,272	6,30	6,408	6,40
1908/09	1,902	1,87	3,531	3,92
1909/10	2,007	2,07	4,259	4,90
1910/11	5,126	5,30	4,743	5,40
1911/12	8,676	8,60	5,922	6,58

Die Ertragsziffer in sämtlichen deutschen Aktiengesellschaften betrug im vergangenen Jahr 8,14 pSt. Von sämtlichen 72 Gesellschaften arbeiteten 9 mit einem Verlust von M 527 000 und 63 erzielten im Vorjahre einen Gewinn von 6,093 Millionen Mark. Davon verteilten 54 Gesellschaften Dividenden an die Aktionäre, und zwar: 2: 0 bis 2 pSt., 9: 3 bis 4 pSt., 5: 4 bis 5 pSt., 10: 5 bis 6 pSt., 5: 6 bis 7 pSt., 9: 7 bis 8 pSt., 2: 8 bis 9 pSt., 6: 9 bis 10 pSt., 4: 10 bis 12 pSt., 1: 12 bis 15 pSt. und 1: 25 bis 50 pSt.

Die „Entbehrungslöhne“ für die Aktionäre können sich sehen lassen. Sie sind weit besser daran als andere Kapitalisten, die ihr Geld zinstragend bei den Banken anlegen. In sämtlichen Aktiengesellschaften betrug in den letzten fünf Jahren der Reingewinn 24,993 Millionen Mark; die an die Aktionäre innerhalb dieser Zeit zur Ausschüttung gebrachte Dividendensumme erreichte die Höhe von 24,861 Millionen Mark.

Die Mühlen-, Brot- und Kekslindustrie ist zu einem sehr gewinnbringenden Berufszweig für die Anlegung von Kapitalien in den Aktiengesellschaften geworden. Hierfür kommen verschiedene, den Kapitalisten günstige Umstände in Betracht, wie die Entlohnung der hier beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen und die schwankende Preisgestaltung auf dem Produktmarkt. Die Erhöhung der Getreidepreise infolge der junkerlichen Zollpolitik werden weder von den Mühlenbesitzern, noch von den Brot- oder Keksfabrikanten getragen, sondern zugunsten eines in die Taschen der Unternehmer fallenden Preisaufschlags auf die Konsumenten abgewälzt. Ein Produktionsrückgang kann ja schon um deswillen nicht eintreten, weil hierbei ein Hauptnahrungsmittel für das Volk in Frage kommt. Hinzutreten noch die in diesen Industriezweigen herrschenden Lohn- und Arbeitsbedingungen, die in den allermeisten dieser Aktienbetriebe als traurig zu bezeichnen sind. Dann ist es kein Wunder, wenn schließlich Millionen an Reingewinn erübrigt werden und die Aktionäre fette Dividenden für ihr Nichtstun herausbezahlt bekommen.

Wie lange wird die Arbeiterschaft einer solchen Kapitalanhäufung auf Kosten ihrer Gesundheit ruhig zusehen? Sie hat alle Ursache, sich in einer starken gewerkschaftlichen Organisation zusammenzuschließen. Der kapitalistischen Konzentration ist die Konzentration der Arbeiter entgegenzustellen, eber können Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiete nicht erreicht werden, weil das Unternehmertum, ob Aktionäre oder Kleinhandwerker, freiwillig von dem Reingewinn nichts an die Arbeiter abgibt.

Der bayerische Bäckermeister-Verbandsstag.

Die Unternehmertagung in Bayern gehörte seit Jahren zu der Veranstaltung, die auch ernstlich bemüht war, sachlich die Ursachen der bewegten Zeit- und Streitfragen zu wägen und zu untersuchen. Die Verhandlungsberichte hat man immer noch mit einigen Genuss lesen können. Es ist uns noch in Erinnerung, daß der Münchner Obermeister Schöfer trotz der tariffeindlichen Stellung im „Germania“-Verbande den Tarifschlüsseln unerjchrocken das Wort redete. Zweifellos ist es auch seinem Einflusse zuzuschreiben, daß von dieser Zeit ab die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den namhaftesten Orten Südbayerns zur Tat wurde. Schöfer wie auch der Zweigverbandsvorsitzende Söllner haben rechtlich in den Zusammenkünften der Provinzialstädte mitgeholfen, die Unternehmer von der Zweckmäßigkeit der Tarifverträge zu überzeugen. Damals handelte es sich um die Kardinalfrage: Befestigung des Lohn- und Logiszwanges und Einführung der Bargeldentlohnung.

Es ist der Organisation auch gelungen, in den Städten Südbayerns fast allgemein die Bargeldentlohnung für die Kollegenchaft tariflich durchzuführen. Dann traten aber andere Aufgaben an sie heran. Die Frage des sechs- und dreizehntägigen wöchentlichen Ruhetages wurde durch die Erfolge in norddeutschen Großstädten akut. Sie bildete den Brennpunkt bei der Tarifbewegung 1908 in München und auch in den folgenden Jahren in einigen anderen Städten; die Unternehmer wollten aber von der Einführung der sechs- und dreizehntägigen wöchentlichen Ruhetages nichts wissen. Sie fanden in dem Münchner Obermeister eine Stütze, und es trat der Zeitpunkt ein, wo derselbe Schöfer, welcher vorher seine Person für die Tarifverträge in die Waagschale warf, mit nicht vermindeter Energie seine Streunen gegen den Ruhetag auf den Plan rief. Im Frühjahr dieses Jahres wurde der Kampf um den Ruhetag in München aufgenommen. Ueber den Ausgang haben wir berichtet, so daß es sich erübrigt, an dieser Stelle darauf noch zurückzukommen.

In Rosenheim, wo nun der achte Verbandstag am 8. und 9. September abgehalten wurde, stand auch der Münchner Kampf im Mittelpunkt der Beratung. Wie war man aber erstaunt, daß über Lohnbewegungen und Tarife der Würzburger Obermeister Scharnberger das Referat hielt, wo doch zweifellos ein Münchner Führer viel tiefergehender diese Materie beherrschen konnte. Warum ein „Provinzler“ diesen wichtigsten Gegenstand der Tagung behandelte und die Akteure des Zweigverbandes hinter den Kulissen blieben, wollte uns anfänglich nicht einleuchten. Als aber der Referent mit seiner Resolution herausrückte, war es klar, warum die Rosenfelder diesmal im Hintergrunde blieben, Söllner aber die Hefe redete und Schöfer als Disziplinarredner auftrat.

Die Ausführungen Scharnberges gipfelte in dem Satz: „Halt! Bis hierher und nicht weiter!“ Selbst wenn die sechs- und dreizehntägige Ruhezeit bewilligt wird, werden die Gehilfen nicht zufrieden sein, weil die Führer die Leute nicht zum Zufriedensein kommen lassen, da sie dann ihre gut bezahlten Stellen verlieren. Nur ihre gut bezahlten Stellen, die auch für die Unternehmer aumehmbar Zustände schaffen. Der Münchner Hofmann hielt noch eine Propagandarede für den Arbeitgeberverband und trat für den gesetzlichen Schutz der Streikbrecher ein. Die hierzu gefasste Entschliessung lautet:

„Die heute zum achten Verbandstag des Bayerischen Bäckerverbandes „Bavaria“ versammelten Vertreter der angeschlossenen Innungen sind überzeugt, daß die Ruhe in unserem Handwerk nur dann wiederkommen kann, wenn wir den übertriebenen und ungerechten Forderungen unserer Gehilfen ein „Halt! Bis hierher und nicht weiter!“ entgegenzusetzen können. In diesem Zwecke sind wir bereit, sofort in unseren Innungen den Anschluß an den Arbeitgeberverband für das Bäckergewerbe zu veranlassen.“

So ist also der bayerische Bäckermeisterverband glücklich wieder dort angelangt, wo er 1901 gestanden hat, und die Scharfmacher spielen heute wieder die erste Geige. Es ist gut, daß die Herrschaften in Rosenheim kein Blatt vor den Mund nahmen und sagten, was sie wollten. Wir sind daher in der Lage, unsere Direktiven bis zu den kommenden Lohnkämpfen so zu treffen, daß auch wir gerüstet sind. Wir glauben es den Herren, daß sie ihre Ruhe haben möchten. Es war doch in den Jahren, als noch keine Organisation bestand, für die Unternehmer eine schöne Zeit! So ganz anders als heute, wo die Gehilfen sich erheben, Forderungen stellen, ja, noch mehr, - sie wollen sogar nur sechs

Der Zentralverband deutscher Industrieller gibt im Hinblick auf die diesjährige Arbeiterversammlung in Wien der Erwartung Ausdruck, daß die verbündeten Regierungen den Vorschlag der Internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz auf Verbot der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre sowie auf gesetzliche Einschränkung der Arbeitszeit für Frauen und junge Leute im Alter bis zu 16 Jahren ihre Zustimmung verweigern werden.

Die Schatzmacher kennen ihre Leute. Sie wissen, wie sie pfeifen, so werden die Staatskassen lachen. Und das ist auch geschehen. Unter solchen Vorgängen ist auch nicht zu erwarten, daß in Deutschland ein Reichsgesetz erlassen würde, das eine Regelung des Normalarbeitstages enthält, um dadurch die Ausbeutung und die Krisenperioden einzuschränken.

Die Regierung trägt also durch ihr passives Verhalten an den Wirtschaftskrisen in hervorragendem Maße Schuld, wie auch an dem gegen Lausende von Arbeiterfamilien heraufbeschworenen Elend. Wenn nur einigermaßen soziale Empfinden bei den am Staatsruhrer sitzenden Vorständen wären, so müßten sie selbst Vorkehrungen treffen, um Not und Elend nicht ins Unergründliche steigen zu lassen.

Von den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei wird seit längerer Zeit von der Regierung die Einführung der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung gefordert. Doch die herrschenden Parteien lehnen solches Ansuchen ab. Auch jetzt können wir dasselbe Schauspiel erleben, daß die Regierung den Rat befristet, mit den Schatzmachern und Reaktionären zusammen die Arbeitslosenversicherung gänzlich abzulehnen. In der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, dem offiziellen Regierungsorgan, liest man:

Einen stets wiederkehrenden Gegenstand in der öffentlichen Erörterung bilden Vorschläge für eine Arbeitslosenversicherung, vielfach glaubt man, in diesem oder jenem System ein brauchbares Mittel gefunden zu haben, um Arbeitslose vor der äußersten Not zu schützen und so lange über Wasser zu halten, bis wieder Arbeit gefunden ist. Die Versuche, die bis jetzt gemacht worden sind, haben freilich mehr oder weniger versagt. Gemeinden und Verbände bemühen sich um die Lösung dieser Versicherungsfrage schon jahrelang und haben ganz vorwiegend negative Resultate erzielt. Die hierzu vorausgehenden hohen Beiträge wären aber vielleicht ausbringender angewendet worden, wenn man, namentlich in den Gemeinden, dafür gesorgt hätte, daß in der Jahresrechnung, in denen erfahrungsgemäß ein größter Mangel an Arbeitsgelegenheit sich bemerkbar macht, der Beschäftigungsalten Arbeit geboten werde. Eine solche stets herrschende kommunale Hilfe würde ganz entschieden die beste Arbeitslosenversicherung sein und könnte dann nur zur Nachsicherung empfohlen werden. Die Armenlisten steigen in den städtischen und ländlichen Gemeinden Deutschlands von Jahr zu Jahr und haben besonders in vielen größeren Städten eine bedenkliche Höhe erreicht. Man will berechnet haben, daß in Deutschland jährlich fast eine Milliarde Mark für Armenunterstützung ausgegeben werde. Wenn jedoch in Deutschland etwa 500 Quadratmeilen an Seeland, Moor und Heide bräuhigen, die in Wäldern umgewandelt, nach einer Million Familien Brot geben könnten, so ist damit ein Weg deutlich gewiesen, den man zu gehen hätte, um der Arbeitslosigkeit zu steuern, nämlich die Urbarmachung von Unland.

Ueber die Verabsicht des Regierungsblattes zu einer solchen wichtigen Frage muß man unwillkürlich den Kopf schütteln. Die Ansichten, die es als Neugierde zum besten geben will, von der Urbarmachung von Seeland, ist schon längst von den Sozialdemokraten anmerkt worden, jedoch die Regierung wollte von solchen Kulturarbeiten nichts wissen und hat ihre ganze Aufgabe auf die Stärkung des Militarismus eingestellt. Ja, würde nur ein unwürdiger Teil der vielen Milliarden, welche dem Reich Militarisismus in den Taschen gewaschen wurde, für solche kulturelle Arbeiten verwendet werden sein, dann könnte sie darauf bestehen, daß man sie ernst nimmt. So aber müßten sich die Arbeiter gefast sein lassen, daß von dieser Seite nichts zu erwarten ist.

Es ist jetzt hat die Regierung nicht das geringste zur Linderung des Elends der Arbeitslosen beigetragen. Das hat sie gefälligst den Städten überlassen. Nach dem Rat der kommunalen Arbeitslosenunterstützung in der belgischen Stadt Gent, die an die Arbeitslosenversicherung der Gewerkschaften anknüpft, sind in folgenden deutschen Städten ähnliche Einrichtungen geschaffen worden: In Straßburg i. El., Kalkhausen i. El., Erlangen, Freiburg i. B., Schöneberg bei Berlin, Gelnhausen, Schwab. Gmünd, Stuttgart, Pannberg und Kaiserlautern. In diesen Städten besteht neben dem Enten der Zuschüsse für arbeitslose unterstützungsberechtigte Gewerkschaftsmitglieder die Einrichtung, daß Arbeiter, die nicht einer an der Arbeitslosenversicherung beteiligten Gewerkschaft angehören, ihre Beiträge an eine Sparkasse bezahlen und während einer Arbeitslosigkeit ihre Spargelder mit einem Zinsfuß aus städtischen Mitteln erhalten.

In andern europäischen Ländern ist die Regierung auch in dieser Beziehung Deutschland voraus. Das Genet Verfahren ist in Norwegen und Dänemark auf das ganze Land ausgedehnt und in Dänemark durch Gesetz vom 2. April 1907 eingeführt worden. Hier sind fast sämtliche Gewerkschaftsmitglieder der Klasse angeschlossen. Im letzten Jahre betrug die Einnahmen 2 1/2 Millionen Kronen, davon haben Staat und Gemeinden die kleinere Hälfte zugesprochen.

Die Gewerkschaften in Deutschland zählten ungefähr 3 1/2 Millionen Mitglieder, davon sind über 1 1/2 Millionen Mitglieder in den freien Gewerkschaften. Der wurden im letzten Jahre fast 1 1/2 Millionen Mark an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt und in den anderen Gewerkschaften über 1 1/2 Millionen. Für die sofortige Durchführung

der Arbeitslosenunterstützung durch das Reich würde dies eine gute Grundlage geben. Die Ausgaben hierfür müßten ein Kulturstaat aufbringen können, dessen Vertreter schon oftmals in die Welt hinausgeschrien: Deutschland marschiere an der Spitze der sozialen Beschöpfung.

Wir werden uns sehen, welche Stellung beim Zusammentritt des Reichstages die bürgerlichen Parteien zu dieser Forderung einnehmen werden; dem nach den Beschlüssen der sozialdemokratischen Partei auf dem letzten Parteitag zu Jena wird sicher ein diesbezüglicher Antrag zur rechtzeitigen Einführung der Arbeitslosenunterstützung eingebracht. Dann wollen wir sehen, wie sich zu dieser Frage die übrigen Parteien stellen, ob die Freisinnige Volkspartei und das Zentrum dem Antrag zustimmen werden. Hoffnung kann man auf diese Parteien nicht haben. Und wenn sie schon, zur Sicherung des Stimmens in den Arbeiterkreisen bei den Wahlen, der Einführung der Arbeitslosenversicherung zustimmen, so ist sicher darauf zu rechnen, daß sie alles ansetzen werden, um bedeutende Verschlechterungen für die Arbeiter in ein solches Gesetz hineinzuführen.

Sozialdemokratischer Parteitag

Zum dritten Male in der kurzen Zeit von acht Jahren trat der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in den herrlichen Räumen des vom Professor Abbe, jenes hochberzigen Menschenfreundes, errichteten Jenaer Volkshauses zur Schöpfungstage (14. September) waren in dem schönen thüringischen Hinterlandstädtchen, das im Leben der beiden Dichterkünste Schiller und Goethe eine wichtige Rolle spielte. Festanwesende von Arbeitern, jung und alt, zusammengekommen. Trotzdem alle Tische aus dem weiten Raum entfernt waren, wurde die Fülle des Saales eine geradezu beängstigende. Nachdem der Jenaer Arbeitergesangverein unter seinem genialen Dirigenten die beiden herrlichen Chöre: „O, Isis und Osiris“ und „Die Hundertthätigen“ in einzigartiger Weise zum Vortrag gebracht hatten, hielt Landtagsabgeordneter Leber die Begrüßungsrede im Namen der Jenaer Parteioffizianten an den Parteitag. Nach dieser betrat der alte Kalkenhauer von lebhaftem Beifall begrüßt, die Rednertribüne. Nachdem er den Jenaer für die wiederholte Gastfreundschaft gedankt, hielt er eine warme, von tiefer Nähe durchdrungene Gedankrede für August Bebel, die vom Parteitag stehend angehört wurde. In großen Augen erwartete er ein Bild vom Leben und Wirken unseres August Bebel, das seinen gewaltigen Eindruck auf die Versammlung nicht verfehlte. Nun erfolgte die Wahl des Bureau's, in das Fritz Ebert und Will. Rad zu Vorsitzenden bestimmt wurden. Nach dem Vorschlag des Parteivorsitzenden und der Kontrollkommission soll Ebert der Nachfolger Bebel's als Parteivorsitzender werden. Der zweite Parteivorstandende, Gasse, ist durch Krankheit verhindert, an den Verhandlungen teilzunehmen. Unter Ebert's Leitung wurden dann die Schriftführer, die Mandatsprüfungs- und Besonderekommissionenmitglieder gewählt.

Wegen der reichlich belasteten Tagesordnung werden nach Erledigung der Geschäftsordnung noch die Tagesordnungsreden der Vertreter der ausländischen Bruderparteien mit lebhaftem Beifall entgegengenommen. Bernersdorffer (Österreich), Reiz Gardie (England), Troelstra (Holland), Suwinger (Ungarn), Blasen (Schweiz), Ole D'Alion (Norwegen), Keluso (Portugal), Banderjassen und Gubmannans (Sibirien) überbrachten sämtlich die Grüße ihrer Länder. Namentlich den beiden letztgenannten, denen vom Berliner Polizeipräsidenten erst kürzlich in einer Berliner Parteitag große Ovationen bez. Erst in der zweiten Abendstunde schloß Ebert mit Dankesworten an die auswärtigen Gäste die Verhandlungen des ersten Tages.

Der zweite Tag brachte zunächst die Vorstandsberichte. Scheidemann, dem im allgemeinen Teil zugleich die Erledigung der Massenstreikfrage übertragen war, entledigte sich seiner Aufgabe in glänzender Weise. Im allgemeinen Teil ging der Redner unter anderem der politischen Schilderung der proletarischen Jugendbewegung sofort zu Leibe. Die gestellte Forderung einer Vorbereitung zu schaffen, lebte Redner im Namen des Vorstandes ab, verband aber die Schaffung eines guten, illustrierten Familienblattes, das vierzehntägig erscheinen und pro Nummer 25 s kosten soll. In umfassenden Ausführungen begründete dann der Vorstandsvorsitzende die Vorstandsbeschlüsse zur Massenstreikfrage. Er bezeichnete die ganze Diskussion über diese Frage, die vom Jaum geworden sei, als eine unzufrieden. Alle Redner und Artikelverfasser seien zu dem Schluß gekommen, daß man den Massenstreik jetzt nicht machen könne. Man brauche doch aber dem Gegner nicht zu sagen, was man nicht tun könne. Wir russischen Regieren seien keine deutschen Krankheiten zu heißen, und nicht durch jede Hand könne man mit dem Kopf. Auch nach Kaiserort - Teori, trara, bald hier bald da! ließe sich in Deutschland kein Massenstreik erfolgreich durchführen. Nachdem Redner die Angriffe in der Presse gegen Parteimitglieder auf verantwortungsvollen Kösten, Verante und Funktionäre zurückgewiesen hatte, schloß er, sich auf Bebel stützend: „Wir werden einst den Massenstreik haben in der Stunde, die uns gebietet, den Kampf zu führen!“ Lebhafter Beifall folgte den fast zweistündigen Ausführungen, die die größte Aufmerksamkeit des Parteitages fanden.

Frau enthielt hierauf den Massenbericht. Er weckte sich lebhaft gegen den Vorwurf der Auserkennung, der in der Presse erhoben worden ist. Dann stellte er die weit größere Zahl der gewerkschaftlich organisierten der organisierten Parteimitglieder gegenüber und forderte zu intensiverer Arbeit auf.

Den Bericht der Kontrollkommission gab Frühne, dabei des Ablehns Kundens gedankend.

Die Diskussion war eine getrennte; der Massenstreik wurde am Schluß besonders behandelt. Deshalb folgte zunächst eine lange Rede von Rednern, die teils sachliche Kritik am Vorstandsbericht übten, teils neue Anregungen

gaben. Am Abend des zweiten Tages schloß diese allgemeine Debatte, und die Referenten hatten zu diesem Zeit am dritten Tage früh den Schlußwort. Nach demselben wurde dem Parteivorstand einmütig Entlassung erteilt. Angenommen wurden die Anträge auf Eröffnung einer Agrarstudienkommission, ferner die Schaffung eines illustrierten Familienblattes unter Ablehnung der Preisverbilligung. Alle übrigen Anträge betreffend Auslösung der Presse, Literatur und Jugendbewegung wurden dem Parteivorstand überlassen.

Es folgte die Diskussion über den Massenstreik. Hierzu lagen die Resolutionen 94 (Parteivorstand) und 100 (Bayern und Genossen) vor. Gleich am Anfang ergriffen sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, an deren Ende der Genosse Bayern und Genossen (General-Kommission) verlängerte Redzeit gebietet wurde. Bayers Verteidigung verteidigte ihren Standpunkt in sehr punktierte Rede und griff Scheidemann wegen angeleglicher Angelegenheiten an. Sie behauptete, daß die Massen auf eine Erörterung des Massenstreiks hindrängen. Bauer (General-Kommission) hielt ebenso wie Scheidemann die richtige Erörterung des Massenstreiks für verfehlt, wodurch derselbe nur diskreditiert werde. Er bezeichnete die Ausführungen einzelner in der Presse und in Versammlungen als Aporologie. Die Erfahrungen des Reichslandes mit Massenstreiks seien andere, nicht so ermutigende, wie viele annehmen. Die Gewerkschaften wissen, daß der Massenstreik einst kommen werde, aber sie wissen auch, daß nicht Futurismus und Symbolismus, sondern immer stärker anwachsende Kampfbereitschaften die Vorbedingungen zum Gelingen desselben schaffen. — In der Debatte beteiligten sich Herpin, Dr. Franz, Reus, Kofke, Silberstein, Gusemann, Gubmann, Rad und andere im Sinne der Parteivorstandsresolution, während Liebknecht, Ledebur, Max Jettin und andere gegenwärtiger Meinung waren. Am Abend des dritten Tages machte ein Schlußantrag der Debatte ein Ende.

In seinem Schlußwort resümierte Scheidemann mit hoher Bayern und fand namentlich über die Art einzelner Redner in der Partei, die da glauben, die einfachen Arbeiter schulmeisterlich und von oben herab geringschätzig heranzuziehen zu können, durchschlagende Punkte. Schließlich fällt diese Lektion auf fruchtbaren Boden. Scheidemann betonte noch ausdrücklich, daß die Resolution des Parteivorstandes sich mit den früher gefassten Beschlüssen von 1908 und 1906 decke und daß hinter ihr auch die Organisationsräden, die bei der Durchführung eines Massenstreiks in Frage kämen. Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wurde zur Abstimmung geschritten. Leber die Resolution 100 war namentlich Abstimmung beantragt. Die Resolution wurde mit 333 gegen 112 Stimmen abgelehnt und dann die Parteivorstandsresolution (94) gegen zwei Stimmen angenommen.

Der vierte Tag brachte den Bericht der Parteitag'sfraktion, den Gerardi Schulz gab. Er erläuterte den umfangreichen schriftlichen Bericht, sich eingehend die parlamentarischen Schwierigkeiten klären wollten und erklärte die Kritik am Reichstag des Parteivorstandes für unangebracht. Das Schlußwort Naturteil freisprechend forderte er alle Parteimitglieder auf, die Abgeordneten nach allen Richtungen hinreichend zu unterstützen. Die Debatte drehte sich hauptsächlich um die Militärparole (Behr- und Beschlüsse). Die in der Nachmittag hinein währte der Streit, der doch nicht friedlich sein konnte.

Die Anträge wurden fast sämtlich der Fraktion überwiesen.

Abends wurde nach dem Antrag betreffend Abhaltung einer Frauenkonferenz erörtert, der sehr verteidigt wurde. Schließlich wurde einem Antrag Grünberg zugestimmt, der im Prinzip für die Abhaltung des Frauentages 1914 eintritt, die praktische Durchführung aber Sachlund und Aufschuß überläßt.

Am fünften Tage hielt Timm - München sein gewichtiges Referat über die „Arbeitslosenfrage“. Ein reiches Material über die Arbeitslosenfrage und deren Linderung stand dem Redner zur Verfügung. Die Gegner und deren herabsetzende „Schub“ der Arbeitslosen stellte Timm gehörig an den Braten. Mit einem gemäßigten Appell an die Organisationen, mit gemeinsamen Kräften den Sturm auf die härtesten Positionen der Reichsregierung zu führen und Brot und Arbeit für das Proletariat zu fordern, schloß der Redner seine einwandvollen Ausführungen. Eine längere Diskussion, die für die Leiden der noch vielen zehntausenden zahlenden Arbeitslosen weiteres erschütterndes Material zur Verfügung stellte, schloß sich an das Referat. Das Referat handelte dieser Punkt, nach einstimmiger Annahme der Resolution Timm und eines Antrages Rabenstein, der verlangte, daß das Referat vom Parteivorstande in Sonderdruck herausgegeben werde, seine Erledigung.

Die ganze Nachmittags-Sitzung füllte das Referat von Timm über das „Steuerwesen“ aus. Darnach Zeitliche und Resolution hatten von einer Anzahl Genossen bittere Empfindungen erfahren. Gegen diese auf rein sachlichen Reingewissenshaftigkeiten basierenden Angriffe wendete sich Timm in einer fast drei Stunden ungeschnittenen Rede. Der Hauptkritikpunkt bildete die Zustimmung der Reichsfraktion zum Verbleib, bei dem die Gegner behaupteten nur deshalb die Ablehnung durch die Fraktion verlangten, weil diese auf die Schulden der Reichsregierung Steuer zur Unterstützung des Militarismus verwendet werde, dem verurteilten System, dem kein Mann und kein Frauen zu bewilligen ist. Die Referenten und die Mehrheit der Fraktion dagegen behaupteten, daß es sich nicht um eine Frage des Prinzips handelte, sondern daß die Fraktion die Reichssteuer abgelehnt hätte, würde die Regierung dem Volk einfach noch mehr indirekte Steuern aufgebürdet haben. Nach habe bei der Falschheit des Zentrum's eine Aufklärung des Reichstages im Bereiche der Möglichkeit gelegen, bei welcher überhört Arbeiterrechte auf dem Spiel gestanden hätten. Diese beiderseitigen Ansichten durchzogen anderthalb Tage den Parteitag.

Der zweite Referent Südekum, ergänzte Timm's Ansichten.

Die Diskussion und die Schlußworte der Referenten dauerten an der letzten Nacht beider Richtungen nicht anders. In namentlicher Abstimmung wurde mit 333 gegen

... 336 210. für Arbeitsvermittlung, Druckfachen und Agitationsmaterial ... 34 270. für Beiträge an Ortsverbände und Gewerkschaften ...

Die christlichen Gewerkschaften geben für das Jahr 1912 eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 344 637 (1911: 340 937) und für den Jahresabschluss eine solche von 350 930 (1911: 350 574) an.

Die christlichen Gewerkschaften verzeichneten seit dem Jahre 1900 an Mitgliedern:

Table with 4 columns: Jahr, Mitgliederzahl, Jahr, Mitgliederzahl. Rows from 1900 to 1906.

Die Mitgliederzahlen der einzelnen christlichen Gewerkschaften betragen:

Bearbeiter 76 986 (+ 6600), Bauarbeiter 43 691 (+ 3736), Metallarbeiter 42 644 (+ 1391), Textilarbeiter 39 903 (+ 2194), Eisenbahner bayerische 26 786 (+ 1), Eisenbahnhandwerker und -arbeiter 20 941 (+ 1253), ...

Die gesamten Einnahmen der christlichen Gewerkschaften sind von M 6 243 643 auf M 6 608 350 gestiegen, die Gesamtausgaben von M 5 299 751 auf M 5 222 727 zurückgegangen.

Von den Einnahmen entfielen M 30 866 (1911: M 52 556) auf Aufnahmegebühren, M 3 966 965 (M 3 629 651) auf Beiträge, M 39 151 (M 49 724) auf Ertragsbeiträge, und M 551 368 (M 511 711) auf sonstige Einnahmen.

Die Ausgaben verteilen sich auf Verbandsorgane M 549 975, Agitation M 670 024, Streit- und Gewerkschaftenunterstützung M 654 323, Reise- und Arbeitslosenunterstützung M 201 223, Krankenunterstützung M 761 203, ...

Stellt man sich die sogenannten unabhängigen Gewerkschaften und Lokalvereine von denen für das Jahr 1912 noch keine zuverlässigen Mitgliederzahlen vorliegen, die Listen des Jahres 1911 mit 272 517 Mitgliedern ein, so umfasst die gesamte Gewerkschaftsbewegung im Deutschen Reich 3 256 510 Mitglieder.

Im Jahre 1900 entfielen von je 100 Mitgliedern aller drei Gewerkschaftsrichtungen 73,0 auf die freien Gewerkschaften, 9,8 auf die Gewerksvereine und 17,2 auf die christlichen Gewerkschaften.

Im Jahre 1912 entfielen von je 100 Mitgliedern aller drei Gewerkschaftsrichtungen 73,0 auf die freien Gewerkschaften, 9,8 auf die Gewerksvereine und 17,2 auf die christlichen Gewerkschaften.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Auf Antrag der Jahrsliste, Grefeld, wurden wegen verbandschädigenden Treibens aus dem Verbande ausgeschlossen: Paul Koch (Buch-Nr. 9810) und Wilhelm Kühbacher (29 653).

Der Verbandsvorstand: J. A. U. Ullmann, Vorsitzender.

Leistung.

Vom 22. bis zum 27. September gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein: Für August: Rudolfst. M. 67,02, Regensburg 383,78, ...

Der Hauptkassierer: O. Freitag.

Aus den Bezirken.

Muggburg. Die Adresse des Vorsitzenden ist von jetzt an wieder: J. Förg, Ulmer Straße 9, 2. St.

Stimmischan. Die Adresse des Vorsitzenden lautet: Karl Trischmann, Gahlenz b. Grimmischau, Restaurant „Zum Paradies“.

Wierien. Die Adresse des Kassierers ist: Heinrich Thomeckenstein, Diergaardenstr. 2a, 1. St.

Weissenfels. Die Adresse des Vorsitzenden ist jetzt: Alfred Kerke, Goethestr. 8, 1. St.

Sterbetafel.

Berlin. Alexander Szarszowski, 52 Jahre alt, gestorben am 19. September.

Ehre seinem Andenken!



Korrespondenzen.

Bericht von Versammlungen: Juden: nur Aufnahme, wenn sie mit allgemeinem Interesse sind. Die zur Veröffentlichung bestimmten Erzeugnisse müssen mit dem Jahrslistenstempel versehen und zum Vorsitzenden zugesandt sein.

Bücher.

Schmitt. Willst du nicht, mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein. Beim Bäckermeister Madler, Karbidstr. 23, arbeitet ein Gelber und ein Gelbelle, der keinem Verein angehört. Im ersten Vierteljahr ging das Zusammenarbeiten leidlich. ...

Grimmischau. Verlebensbehandlung. Wiederholt hat sich der Jahrslistenvorstand mit dem hiesigen Bäckermeister Linke wegen der Behandlung des Lehrlings beschäftigt. ...

Lehrling an die Gurgel, würgte ihn und wenn nicht der Meister hinzugekommen wäre und mit dem Ausrufen: „Soweit geht es doch nicht!“ den Gefellen fortgerissen hätte, wer weiß, was noch geschehen wäre. ...

Fabrikbrände.

Görlitz i. Anh. Die koalitionsfeindliche Schokoladenfabrik Schreiber. Die Inhaber des Betriebes Schreiber, die Herren Gerhardt & Reichmann sind ausgesprochene Feinde des Koalitionsrechtes. ...

Görlitz. Ein feiner Helfer der Firma Matthe & Sydow. Die Firmeninhaber können sich freuen — es erleben ihnen Freunde und wir wollen nur wünschen, daß sie der Versuch nicht zu teuer bezahlen muß. ...

Drosche. Ein von den Arbeitern von Görlitz gepflanzter Müßiggänger. Emil Prochaska, Görlitz (Straße).

Sie alter Tage die! Sie schildern der traurigen Arbeitsverhältnisse bei Matthe & Sydow verstehen Sie auch, wenn Sie auch jedoch Ihre menschenfreundlichen Herz noch so viele Vorteile für die Arbeiter herausgefunden hätten, daß Ihrige Familie und die eigene Leben werden Sie denselben doch nicht herzugeben können. ...

Es genügt wohl, wenn wir dieses Produkt einer Person die arbeitet ohne besondere Kommentar weiter verbreiten. Die Arbeit ist gar zu fein!

Das Internat der Bäcker.

Bücherei.

Die Bücherleistungen auf dem Lehrlingsgebiet. Die Lehrlingsbücherei im Bäckerverbande wurde dank der Unterstützung der Organisation betriebenen Aufklärungsarbeit unter der Beobachtung etwas eingeschränkt werden. ...

Gegenteil erfahren, und dann soll das Bäckergerwebe so schlecht bestellt sein, daß es unmöglich ist, die Gefellensforderungen bewilligen zu können.

Wahrscheinlich hat auch die mündliche Agitation der Lehrlingszähler nicht mehr gezogen, weil jetzt vom Zentralverband der Bäckereien eine sechszehnjährige Broschüre mit der Überschrift: „Was willst du werden? Bäcker und Konditor!“ herausgegeben wird. In einzelnen Orten wird diese Propagandaschrift für die Lehrlingszähler von den Lehrern an die zur Schulentlassung kommenden Schüler verteilt. Wir würden dieser Arbeit keine weitere Beachtung schenken, wenn dort in sachlicher Weise der Bäckereilehre das Wort geredet würde. So aber können wir das Pamphlet nur als eine Sadeschrift ansprechen, in der mit geradem dreistem Witz und der größten Unwahrheit auf die Dummheit spekuliert wird.

Hier einige Stichproben: Das Bäckergerwebe hat sich Jahr um Jahr bemüht und wird auch weiter seine Leute nähren. Im ersten Lehrjahre darf der Lehrling nur zehn Stunden „arbeiten“. Der Meister nimmt den Lehrling die Sorge für das geistige und körperliche Wohl ihrer Söhne ab. Die dem Lehrling sofort gewährte Kost und Logis im Jahreswerte von M. 400 bis M. 500 (112) wiegt seine Hilfe reichlich auf. Für die im letzten Jahre geleistete Mehrarbeit hat er außerdem seinen Lebensbedarf gedeckt und kann bei eigenem Streben so weit sein, daß er nach Abschluß der Lehrzeit sofort eine gut bezahlte Stelle beiderseits kann. Von Sonntag früh ruht die Arbeit. Außer den freien Nächten zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten hat der Bäckergeselle noch Ferien (??) zu erwarten. Bei einwandfreier Führung erhalten die Gesellen für ununterbrochene Längere ein Spendiploma vor vollkommener Jungung überreicht. Der Bäckereilehrling hat es in der Hand, sich zum Seibling (112) in der Meisterfamilie und bei den Meistern anzubilden. Ein gefälliger, freundlicher Junge wird von der Handarbeit mancher Kräfte befreit. Es wird einem Gesellen nicht schwer fallen, sofort Arbeit zu finden (11). Die Löhne sind demnach geringen und bewegen sich bei jeder Station zwischen M. 9 bis M. 25. Die Gesellen jammern über die Meister sind gut angefahren und letztere haben nur einen in besseren Umständen.

Mit solchen Mitteln arbeiten die Unternehmer. Und in den meisten Fällen wird die wirtschaftliche Lage für die Lehrlinge und Gesellen gefährdet. Da ist die Rede von gut bezahlten Gesellen, von der Ferienbewährung, von Spendiplomen und andern mehr. In es werden sogar Spendiplome nach verjüngter Jungung überreicht und der Bäckereilehrling kann sich zum Seibling in der Meisterfamilie anstellen. Von der großen Arbeitslosigkeit wird kein Wort geschrieben, dafür aber die Unmöglichkeit eingelösten, einem Gesellen nicht es nicht schwer fallen, sofort Arbeit zu finden. Es ist daher sehr zu bedauern, daß die Kapitalisten in die weltlichen Wege bringen.

Jahresabschluss. Der Jahresbericht im Jahre hat der Zentralverband der Bäckereien Baderzwangsvereinigungen erlassen, obwohl gerade diese Herrschaften nicht last genug über den Terrorismus der Arbeiterhaft nach dem Staatsschutz führen. Obgleich die Jahressumme sich nur geringen vom Meister des Jahres allgemein vor Rebergriffen gewahrt werden, vertritt die Bäckerei-Verordnung doch folgende Forderungen an diejenigen ihrer Mitglieder, die die Forderungen des Baderverbandes anerkennen sollen:

Wien, den 2. September 1913.
An das Jahresschlichter
Seite 11.

1. In der schuldigen Einberufung und abgehaltenen Jahresschlichtung vom 24. Juni 1912 wurde der von Vorstand mit dem Gesellenrat beschlossene Bescheid einstimmig von der Jahresschlichtung genehmigt. Dieser Bescheid lautet nach Nummer 7 des Protokolls vom 1. Juli 1912 ist oben Seite 11.

2. Gemäß § 26c des Jahresschlichtens sind die Jahresschlichter verpflichtet, ihre Gesellen durch unmittelbare Vermittlung des Sprechmeisters in Arbeit zu nehmen.

Wegen der Beschäftigung zu 1 und der Sprechmeisterbestimmungen zu 2 haben Sie nun dadurch zu verfügen, daß Sie einen Sonderetat unterzeichnet haben, in welchem Sie unter anderem in Nummer 7 die Verpflichtung übernehmen, daß die Geschäftsleitung sämtlicher Bäckereien durch den Arbeitsnachweis des Zentralverbandes der Bäder und Konditoren Deutschlands erfolgen müsse.

Durch den Abdruck des Sondervertrages haben Sie alle Verpflichtungen übernommen, welche mit bestimmten Gesellen von den Jahresschlichtern zu erfüllenden Jahresschlichtern in Verbindung stehen.

Wegen Ihrer Nichtachtung des Jahresschlichtens vom 24. Juni 1912 (§ 10 des Statuts) und des § 26c des Jahresschlichtens hat der Vorstand gegen Sie eine Ordnungsbüße von 10 (zweizehn) Mark verhängt, welche Sie binnen vier Tagen an die Jahresschlichter einbringen sollen.

Die Forderung gegen Sie ist eingezogen. Strafe wird wegen Jahresschlichtens erlassen.

Der Vorstand der Baderzwangsvereinigungen
E. Fischer, Tag. Koch.

Depeschen für die Art des Jahresschlichtens der Jahresschlichter gegen die verschiedenen Bäckereien ist, daß die Jahresschlichter, wenn sie verurteilt, den Jahresschlichtern Gesellen zu bekommen, für den Jahresschlichter. Wir sind bereit, den Jahresschlichtern, die Jahresschlichter der Jahresschlichter, die Jahresschlichter der Jahresschlichter.

Das gewerkschaftliche Organisationswesen.
Die gelben Bäckereigesellen sind in Vorbereitung eines 6. Bundeskongresses vom 1. bis 10. September in Wien. Die Landeszentralen sind eingeladen, an dem Kongress teilzunehmen. Die Landeszentralen sind eingeladen, an dem Kongress teilzunehmen.

mehrere und sonstiger gelber Vereinigungen umgeben waren. Wie wenig es sich diese bunt zusammengewürfelte Gesellschaft um die Lösung der wirtschaftlichen Lage der Bäckereigesellen angelegen sein ließ, geht auch aus der Tatsache hervor, daß die Lösung mit einem Kaiserhof eröffnet wurde und „jedenfalls lang man die Nationalhymne“. Mit dem Interesse um die gelbe Sache scheint es nicht weiter zu sein. Die Zweigbünde Kommerzien, Mecklenburg und Elb-Bothringen waren durch Delegierte nicht vertreten; wie auch die Schweizer Kollegen vorzogen, der gelben Kammer fernzubleiben.

Nach dem Geschäftsbericht sollen 18 Zweigverbände 230 Ortsgruppen und circa 15 000 Mitglieder umfassen, inwieweit 400 fördernde Mitglieder (Bäckermeister), 30 Vereine sollen seit dem letzten Bundeskongress beigetreten sein und 10 Vereine sollen sich aufgelöst haben. Die Einnahmen betragen seit dem Danziger Bundeskongress 1911 einschließlich eines Kassenbestandes von M. 1159,05 in den letzten zwei Jahren M. 8805,09; die reine Einnahme ist demnach M. 7646,04. Diese Gelder sind aber nicht von den Mitgliedern allein aufgebracht worden, sondern darin ist auch der Anteil der fördernden Mitglieder (Bäckermeister), welche jährlich M. 4 an Beitrag zu entrichten haben, enthalten. In einer Gesamtarbeitsabstimmung der Gelben im Vorjahre wurde festgestellt, daß 202 Bäckermeister die fördernde Mitgliedschaft erworben haben. Diese brachten also durch ihren Jahresbeitrag eine Summe von M. 1048 in die Kasse der Gelben. In Pragdeburg wurde berichtet, daß 400 Bäckermeister dem Bunde angeschlossen. Diese haben also einen Jahresbeitrag von zusammen M. 1600 bezahlet müssen, um, wie auf der gelben Tagung gesagt wurde, „durch ihre Mitgliedschaft Gelegenheit zu haben, tatkräftig für das Wohl des Bundes mitarbeiten zu können“. Von den Einnahmen gehen also für die von den Unternehmern geleisteten Beiträge M. 1048 + M. 1600 = M. 2648 ab, so daß die Einnahme aus Beiträgen von den gelben Bäckereigesellen M. 4998,04 beträgt. Wir können sogar nachprüfen, wie sich diese Summe auf die einzelnen Jahre verteilt. Nach dem Bericht der Gesamtarbeitsabstimmung im Vorjahre, brachten 12 291 Mitglieder an Beitragsgeldern die Summe von M. 2408,08 auf, oder von Kopf 19 1/2 im Jahre. Im letzten Jahr bezahlten 15 000 Mitglieder an Beiträgen M. 2500,01, und es entfallen somit den Mitgliedern an Beitragsleistung 17 1/2 im Jahre. Nach den Sitzungen des Bundes muß aber jedes Mitglied pro Jahr 50 1/2 an Beitrag für die Hauptkasse entrichten, und zwar 20 1/2 im voraus vierteljährlich. Wir können somit zu folgendem Kassenvergleich: Bei der Einnahme von M. 2408,08 ergibt sich ein Mitgliederbestand von 3010 im Jahre 1912; für das Jahr 1913 ergibt sich bei der Beitragsleistung nach dem Bundesstatut eine Mitgliederzahl von 3237. Nun ist aber bekannt, daß sich in diesen Einnahmen von M. 2500, noch allerlei Zusatzen aus den Unternehmerkreisen befinden. Wir können die Höhe nicht nachprüfen, weil bei den Gelben der Aufwand nicht klar ist eine spezialisierte Abrechnung vorzuliegen.

Der Jahresbericht sollte unsere Nachprüfung bestätigen ein Vielfaches der gelben Einkommen. Es war auch notwendig, daß sich eine Vereinigung, die sich die Interessensvertretung der Unternehmer in erster Linie zur Pflicht macht, dieses Spiel nicht auf lange Zeit mit den Gelben treiben konnte. Was soll man dazu sagen, wenn zur Frage der Sonntagstrafe beschlossen wurde:

Der 6. Bundeskongress hält an seinen bisher gefassten Beschlüssen fest. Er beantragt auch fernerhin den gewerkschaftlichen Vorstand, um der Reichweite ganz energisch dafür einzutreten,

und man bedenken kann, wie die Gelben mit den Meistern energisch gegen die Einführung der sechstageigen Arbeitswoche kämpften. Die Sachgenossen stimmten dagegen, und erst nachträglich gab es zu diesem Beschluß eine zustimmende Erklärung ab. Sehen wir uns dann nachfolgenden Beschluß an, der die Notwendigkeit der Gelben im glänzenden Licht erscheinen läßt:

Der 6. Bundeskongress beschließt, in allen Mitgliedschaften bindende Vereinbarungen nach örtlichen Verhältnissen über Lohn- und Arbeitsangelegenheiten mit den Jahresschlichtern zu schließen. Ferner den „Germania“-Verband zu erziehen, in seinen Jahresschlichtern dahin zu wirken, daß nach Möglichkeit die verheirateten Gesellen beschäftigt werden und außer Kost und Logis geben. Auch darauf hinzuwirken, daß der Meister gesetzlich verpflichtet ist, das „Germania“-Arbeitsbuch gleich bei der Kündigung den Gesellen anzuhändigen.

Der meiste von ihnen glaubt immer noch, die Unternehmer werden über ihre Forderungen hören! Da hat er lange warten! Heber den Antrag an eine Jahresschlichter „Kollektivversicherung“ haben wir bereits berichtet. So ist die gelbe Lösung verstanden, wie es die Sachgenossen aus dem Unternehmerlager wünschten. Die Dummheit konnte ihren Sieg erringen!

- Deutschland: O. Allmann, Hamburg I, Gewerkschaftshaus, Rosenbinderhof 57.
- Finnland: Herr K. Lindroos, Suomen Leipurityöntekijäin, Helsingfors, Sirkuskatu 5.
- Frankreich: Syndicat des ouvriers boulangers de la Seine Bourse Central du travail 8 Rue du Chateau d'eau, Paris.
- Italien: G. Agnolini, Florenz, Camera del lavoro.
- Kroatien und Slavonien: M. Spitzberg, Zagreb (Agram), Ilica 55, I.
- Niederlande: J. Goudsmit, Gevested Straat 8, Amsterdam.
- Norwegen: G. Bay, Youngsgaden 18, III, Kristiania.
- Oesterreich: (Bäcker) Julius Zipper, Wien XVI, Markgraf-Rüdiger-Straße 27, I. Stock.
- (Zuckerbäcker) M. Achaz, Gumpendorferstr. 88, Wien 6.
- Schweden: Anders Sjöstedt, Upplandsgatan 2, II, Stockholm.
- Schweiz: Verband der Lebens- und Genussmittelarbeiter, Zürich, Helvetiaplatz, Volkshaus.
- Serbien: Verband der Mühlen- und Bäckereiarbeiter, Belgrad.
- Ungarn: (Bäcker) Koloman Kardics, Rakocsi-utca 1, Budapest.
- (Zuckerbäcker) Janos Stransky, Budapest VII, Kander utca 3, Szam.

Die organisierten Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen wollen sich bei Arbeitsangebot nach einem andern Lande an die Landeszentrale um Auskunft wenden, ob dem Antritt der Arbeit etwas im Wege steht und sie eventuell als Streikbrecher benutzt werden sollen. Auch über die ortsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wolle man sich erkundigen, damit nicht Kollegen in ein anderes Land gelockt werden; um als Lohndrücker unter den ortsüblichen Bedingungen arbeiten zu müssen.

Das Internationale Sekretariat.
O. Allmann.

Die Mr. New York und Brooklyn allain in Frage kommenden Verbände sind für die Deutsch sprechenden Bäckereiarbeiter folgende: Bäckerein Nr. 1 versammelt sich und betreibt ihren Arbeitsnachweis in Gossweilers Halle, Nr. 240 Ost, 80. Straße, New York; Bäckerein Nr. 94 versammelt sich und betreibt ihren Arbeitsnachweis in Fuchs' Halle, Nr. 323 West, 38. Straße, New York. Es sind uns in letzter Zeit mehrfach Fälle zur Kenntnis gebracht worden, in denen sich nach Amerika ausgewanderte Bäckereiarbeiter an die „unabhängigen“ Unions gewandt haben, mit denen unser amerikanischer Bruderverband in keinerlei Vertragsverhältnis betreffs Austausches der Mitgliedschaft und der damit verbundenen Vergünstigungen mehr steht. Deshalb ist eine Warnung an dieser Stelle am Platze.

Der österreichische Gewerbe-Inspektorenbericht für 1912.

Seit Jahrzehnten führen unsere österreichischen Fachgenossen den Kampf um hygienisch und sanitär einwandfreie Bäckereiräume. Wenn gleich es ihnen gelungen ist, die ärgsten Missetände in den Bäckereien zu beseitigen, so muß doch immer und immer wieder konstatiert werden, daß ein sehr großer Teil der Betriebe, insbesondere in jenen Gegenden des Reiches, wo die Organisation noch nicht stark genug ist, reformierend eingzugreifen, nicht einmal den geringsten Anforderungen der Hygiene entspricht. Welch schreckliche Zustände in einer noch ziemlich großen Anzahl von Bäckereibetrieben heute noch anzutreffen sind, davon gibt der vor kurzem erschienene amtliche Bericht der Gewerbe-Inspektoren ein geradezu erschreckendes Bild. Durch seine trockene Konstatierung der in einer Reihe von Bäckereien noch herrschenden sanitären Uebelstände, wirkt dieser Bericht als ein Dokument der Rückständigkeit der sanitären und hygienischen Zustände in den Bäckereien. Nicht bloß das Fehlen jeglicher Vorkehrungen zum Schutze der Gesundheit der in den Bäckereien beschäftigten Arbeiter wird konstatiert, sondern auch die Tatsache, daß in einer sehr großen Anzahl von Bäckereien noch „recht ungunstige Quartierungsverhältnisse bestehen“, wird durch die Berichte einer Anzahl von Gewerbe-Inspektoren festgestellt. Diese Berichte führen unsern österreichischen Kollegen recht klar und deutlich die Notwendigkeit vor Augen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Kampf um die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges weiterzuführen. Der Arbeiter, der im Betriebe eines Unternehmers wohnt und von demselben beköstigt wird, ist nicht bloß unfrei, sondern in weit höherem Maße der Schädigung seiner Gesundheit ausgesetzt als der außer dem Hause des Meisters wohnende Arbeiter. Diese Behauptung wird erhärtet durch den Bericht des Gewerbe-Inspektors für den 5. Wiener Aufsichtsbezirk, der besagt, daß in einer der größten Bäckereien des Wienerwaldgebietes die Bäckerei in Kellerräumen untergebracht ist, an deren Hausmauer in nächster Nähe die Wien vorbeifließt, wodurch alljährlich bei Hochwasser die Bäckereiräume unter Wasser gesetzt werden, so daß die Wände niemals austrocknen können und infolgedessen bereits mehrere der dort beschäftigten und quartierten Arbeiter an Gelenkrheumatismus und Augenleiden erkrankt sind. Das Amt erstattete gegen den betreffenden Bäckermeister Anzeige an die Gewerbebehörde, gegen deren Verfügung der Unternehmer jedoch Rekurs ergriff. Der Gewerbeinspektor für Leoben berichtet, daß das Amt durch eine Bezirkskrankenkasse davon Kenntnis erhielt, daß in einer Bäckerei im Laufe von zirka vier Wochen vier Arbeiter an Krätze erkrankt seien und sich auf Verfügung des Kassenarztes in ein Spital begeben mußten. Auf Grund einer gemeinsam mit dem Amtsarzte vorgenommenen Revision wurde Anzeige an die Gewerbebehörde erstattet, welche die erforderlichen Maßnahmen

Internationales Sekretariat für Bäcker, Konditoren und verwandte Berufsgenossen.
Adresse:
O. Allmann, Hamburg I, Rosenbinderhof 57 (Gewerkschaftshaus).
Adressen der Landeszentralen:
Aussch. Otto E. Fischer, 212 Bush Temple, Chicago, Illinois.
Australien: D. Moon, Trades Hall, Sydney.
Belgien: J. Goossens, Gasometerlaan 6, Gent.
Brasilien: Lebensmittelarbeiter-Verband, Teresopolis 11, Parajera.
Dänemark: (Bäcker) Z. Friis, Raadmangsgade 40, IV., Kopenhagen.
— (Zuckerwaren- und Schokoladenarbeiter) P. G. Petersen, Skibhusvej 58, I, Odense.

gegen die Weiterverbreitung der Krankheit traf. Der Gewerbe-Inspektor für Königgrätz berichtet: Unzureichende Arbeitsräume wurden, wie alljährlich, in einigen kleingewerblichen Betrieben, namentlich in den Bäckereien vorgefunden. Es erweckt geradezu den Anschein, daß in den breiten Schichten die Überzeugung eingewurzelt ist, ein noch so schlechter Raum sei für die Bäckerei noch gut genug. Die Bemühungen des Amtes, diesbezüglich Remedur zu schaffen, sind nur sehr selten von Erfolg begleitet.

So zeigen diese wenigen angeführten Beispiele, die sich noch wesentlich vermehren ließen, wie notwendig der Kampf um bessere sanitäre Einrichtungen ist, den unsere österreichischen Fachkollegen im Interesse ihrer eigenen Gesundheit und der des brotkonsumierenden Publikums führen. Die in den Berichten der Gewerbe-Inspektoren festgestellten Uebelstände werden den Kampf um die Schaffung eines Sanitätsgesetzes wesentlich fördern. Allein nicht bloß das Bestehen abscheulicher sanitärer Zustände in den Bäckereien wird in diesen Berichten amtlich festgestellt, auch die gesetzwidrige Verwendung jugendlicher Hilfsarbeiter und Lehrlinge, ja sogar von Kindern unter 14 Jahren zur Nacharbeit wird konstatiert. Auf diesem Gebiete mußten die Gewerbe-Inspektoren des österr. Reiches, um der unermesslichen Ausbeutungssucht einzelner Bäckermeister Einhalt zu gebieten. Wie weit diese Sucht nach Vergrößerung des Profites auf Kosten der Arbeiter und Lehrlinge geht, erhellt aus der Tatsache, daß die Inspektoren von Linz, Salzburg, Innsbruck, Przemysl und Bregenz die Verwendung von Kindern unter 14 Jahren zur Nacharbeit bei einer täglich länger als acht Stunden währenden Arbeitszeit konstatierten, und der Inspektor von Trient mußte sogar die Verwendung eines noch nicht sieben Jahre alten Kindes zur Tafelarbeit, allerdings nur während der Nachmittagsstunden, konstataren. Man kann daraus ersehen, wie ehrlich es die besitzenden Klassen mit ihren Bestrebungen für das Kind meinen.

Und wie alljährlich, so mußte neuer wieder berichtet werden, daß in einer sehr großen Anzahl von Betrieben, der den Arbeitern schon seit mehr denn 18 Jahren gesetzlich verbürgte Ersatzruhotag noch immer vorenthalten wird, und es ist charakteristisch, daß dies hauptsächlich aus solchen Orten berichtet wird, in denen es den Arbeitern noch nicht gelungen ist, sich eine gut aussehende, schlagfertige Organisation zu schaffen. Man kann daraus wieder die alte Binsenwahrheit bestätigen, daß selbst die besten Arbeiterschutzgesetze auf dem Papier stehen, wenn nicht die Arbeiterschaft sich die Durchführung derselben zu erzwingen vermag.

Bemerkenswert ist auch, daß der Bericht ausdrücklich konstatiert, daß infolge der unverantwortlich leichtfertigen Außenpolitik der österreichischen Machthaber sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter bedeutend verschlechterte. So können unsere österreichischen Fachgenossen auch aus dem diesjährigen Gewerbe-Inspektorenbericht wieder die für alle Arbeiter so schmerzliche Erkenntnis schöpfen, daß trotz all der Erfolge, die die Arbeiterschaft auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu erringen vermochte, doch noch sehr vieles reformbedürftig ist, und daß diese so notwendigen Reformen nur durchgeführt werden können, wenn die Arbeiterschaft ohne Unterschied der Konfession oder Nation sich in einer großen, mächtigen Organisation zusammenschließt zum Schutze ihrer Interessen und ihrer Gesundheit.

Sozialpolitisches.

Die Volksfürsorge geht ihre Bahn! Trotz der Brandung verschiedener Gegen-Volksfürsorgen seitens der privaten Lebensversicherungsgesellschaften, trotz der Unterstützung dieser Gründungen durch die Behörden, die Arbeitgeberorganisationen, die Gelben, die katholischen Gewerkschaften und die evangelischen Arbeitervereine und trotz der intensiven gehässigen Bekämpfung der Volksfürsorge durch die von diesen Gegnern gespeiste Presse — geht sie ihre Bahn! Die in den deutschen Gewerkschaften und Gewerkschaften organisierten Millionen haben die zum Schutze der Versicherten notwendig gewordene Reform der Volksversicherung eingeleitet und die Gründung der Volksfürsorge als einen wirklichen, sozialen Fortschritt mit Freuden begrüßt.

Überall im Reiche sind deshalb die Träger der Gewerkschaften und Genossenschaften sofort nach der aufsichtlichen Genehmigung und Geschäftseröffnung der Volksfürsorge mit Eifer an die Arbeit gegangen, haben von sich aus Rechnungstellen errichtet, Rechnungsführer und Vertrauensmänner bestellt, die als Auftragsbevollmächtigte der Gewerkschaften und der Konsumvereine die Werbearbeit für die Volksfürsorge freiwillig übernehmen.

Webel und die Sozialpolitik. Im Archiv für Sozialpolitik schreibt Heinrich Braun bezugnehmend auf Webels Broschüre „Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien“: „An der sozialpolitischen Tätigkeit des Reichstages zugunsten des Arbeiterbüros und den zwischen den Jahren 1877 bis 1891 liegenden, hierher gehörigen Maßnahmen der Regierung wirkte Webel unausgesetzt mit: durch in der Kammer von ihm verfaßte Gesetzentwürfe und Anträge, Arbeit im Plenum und in den Kommissionen des Reichstages, daneben auch mit schriftstellerischen Arbeiten, zum

Beispiel durch seine die Resultate der Enquete behandelnde Broschüre über die Sonntagsarbeit. Wenn auch diese Bemühungen über fruchtbare Anregungen nicht hinausgelangten und ihr Ziel nicht erreichten, so hat Webel doch in dieser Periode einzelne positive Erfolge gesetzgeberischer Art durchzuführen vermocht. Sie knüpfen sich an seine verdienstvolle Untersuchung über die Zustände in den Bäckereien.

Webel verband mit warmherziger Teilnahme für die Lage der arbeitenden Klasse und insbesondere ihre am meisten notleidenden Schichten ein lebhaftes Interesse an statistischen Untersuchungen. Daraus gingen unter anderem die Schriften „Wie unsere Weber leben“ und „Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien“ hervor. Vom methodisch-statistischen Gesichtspunkte faßten beiden Arbeiten notwendigerweise viele Mängel an, da sie weder von einem Fachmann herrühren, noch mit den Mitteln, die derartige Untersuchungen voraussetzen, ausgeführt wurden. Aber die Schrift über die Lage der Bäckereiarbeiter ist nichtsdessenungeachtet von hohem Wert. Zunächst zeichnet sie sich durch das Streben nach unbedingter Wahrhaftigkeit aus. Die Probe darauf hat sie bestanden. Die Schrift war so etwas wie Entdeckung von Neuland. Von in dichtester Nähe befindlichen und dennoch uns ganz unbekanntem Bezirke brachte sie unerwartete und geradezu schreckenerregende Kunde. Sie machte mit Zuständen bekannt, die so trag waren, daß ihre Schilderung den Eindruck des Unwahrscheinlichen hervorrief. Diese Zustände erregten die Leser nicht nur durch sich selbst. Diese Erregung steigerte sich zum Entsetzen, als man aus Webels Buch erfuhr, daß das Brot, das jeder von uns täglich verzehrt, unter jeder gesundheitlichen Anforderung geradezu höhnischprechenden Verhältnissen hergestelt wird, die nicht nur die in den

**Spätestens am 4. Oktober
ist der 41. Wochenbeitrag für 1913
(5. bis 11. Oktober) fällig.**

Bäckereien in endloser Tages- und Nacharbeit beschäftigten Arbeiter deprivieren und verwüsten, sondern auch die Konsumenten in die Gefahr bringen, von ansteckenden Krankheiten befallen zu werden, weil durch die in unfauberen Backstuben arbeitenden und häufig an widerwärtigen Krankheiten leidenden Gesellen und Lehrlinge Ansteckungskeime vermittelnd des Brotes übertragen werden können. Wobels Schrift war ein Kampfsruf zugunsten der Abstellung von Mißbräuchen und Schäden schlimmster Art, und sie forderte nachdrücklich energische gesetzliche Maßnahmen sowohl zum Schutze der Arbeiter des Gewerbes wie des konsumierenden Publikums. Die angegriffenen Unternehmer und die Polizeibehörden, die die haarsträubenden Zustände duldeten, verdächtigen Webel und warfen ihm tendenziöse Schwarzmalerei vor. Als aber der Wobelschen eine amtliche Untersuchung durch die Kommission für Arbeiterstatistik gefolgt war, zeigte es sich, daß seine Schilderungen hinter der Wirklichkeit noch zurückstanden. Wobels streng an die Wahrheit sich haltende, vor jeder Uebertreibung sorgsam sich hütende Darstellung erfuhr auf diese Weise eine nicht mehr anzuzweifelnde Anerkennung.

Was haben die Familienangehörigen bei den militärischen Übungen ihres Ernährers in Friedenszeiten zu beanspruchen? Infolge Unkenntnis der diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen bildet obige Frage alljährlich nicht nur Meinungsverschiedenheiten unter den Betroffenen, sondern sogar Verzerrungen der Ansprüche sind sehr häufig zu verzeichnen. Es dürfte deshalb von großem Interesse sein, auch diese Frage einmal näher zu erörtern, damit obige Vorkommnisse vermieden werden können.

Nach dem Gesetz vom 10. Mai 1892 über die Unterstützung von Familien zu Übungen in Friedenszeiten eingezogener Mannschaften haben die Angehörigen der einberufenen Reservisten und Landwehrlaute Anspruch auf Unterstützung für die Dauer der Übungen. Selbstverständlich fällt diese Unterstützung fort, wenn der Einberufene Reichs-, Staats- oder Kommunalbeamter ist, dem sein persönliches Einkommen während der Zeit der Einberufung zum Militärdienste gewahrt bleibt.

Unterstützungsberechtigt sind Ehefrau und Kinder unter 15 Jahren. Auch Kinder über 15 Jahre, Verwandte in aufsteigender Linie und Geschwister haben Anspruch auf Unterstützung, wenn sie von dem Einberufenen unterhalten werden. Die Unterstützung wird nur auf Verlangen der Berechtigten gewährt. Der Anspruch erlischt, wenn er nicht innerhalb vier Wochen nach Beendigung der Übung erhoben worden ist.

Der Unterstützungsanspruch ist sofort nach der Beendigung, also möglichst vor dem Eintreffen des zum Dienst Berufenen, anzubringen. Hierzu berechtigt ist der Einberufene selbst oder diejenige Person, die in seiner Abwesenheit die Fürsorge für die Familie zu übernehmen hat. Auch können die Unterstützungsberechtigten selbst diesen Antrag auf Unterstützung stellen. Der Unterstützungsantrag ist bei der zuständigen Gemeindebehörde zu stellen, an dem der Unterstützungsberechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt respektive Wohnort hat.

Bei der Anmeldung sind die Unterstützungsberechtigten nach ihren Namen, ihrer Familienstellung zum Einberufenen und nach ihrem Lebensalter zu bezeichnen.

Die Höhe der Unterstützung beträgt für die Ehefrau 30 pSt. und für jede sonst bezugsberechtigten Person 10 pSt. des ordentlichen Tagelohnes. Allerdings darf der für einen Haushalt zu gewöhnliche Betrag 60 pSt. des ordentlichen Tagelohnes nicht übersteigen.

Die Zahlung erfolgt halbmäthlich im Voraus, und zwar zunächst vom Tage des Abganges des Einberufenen zur Übung an die Zeit bis zum Schlusse des laufenden halben Monats. Sodann erfolgt die Zahlung mit dem ersten Tage jedes beginnenden halben Monats bis zur Beendigung der Übung (einschließlich der bestimm-

mungsmäßigen Tage für den Rückmarsch). Erkrankt ein Einberufener unverschuldet während der Übung, so wird die Unterstützung bis zum Tage der Rückkehr fortgezahlt.

Eine Rückzahlung des einmal erhobenen Betrages erfolgt nicht, wenn der Einberufene als überzählig am Bestimmungsorte wieder entlassen wird und wenn er vor Ablauf des halben Monats, für den die Unterstützung bereits gezahlt ist, zurückkehrt.

Ein Antrag auf Vorlegung einer Novelle behufs Erhöhung der oben angeführten Unterstützungssätze wurde zwar in der 96. Reichstagsitzung am 23. Januar 1913 angenommen, wartet aber noch der weiteren Erledigung, so daß die alten Unterstützungssätze noch Geltung haben.

Aus vorstehendem instruktiven Hinweise können unsere Leser ersehen, welche Unterstützung die Familienangehörigen bei den militärischen Übungen ihres Ernährers zu beanspruchen haben. Bei Beachtung dieser Zeilen dürfte eine Verzerrung der Ansprüche als ausgeschlossen gelten können. Dieses sollte der Zweck vorstehender Zeilen sein.

Gewerkschaftliche Kundschau.

Ein crustes Wort an die Arbeitereltern! Wieder wollen wir uns heute an die Arbeitereltern wenden, deren Töchter die Pflicht haben, Stellung in häuslichen Diensten anzunehmen oder bereits als Hausangestellte beschäftigt sind, und sie bitten, diese Familienangehörigen auf den Verband der Hausangestellten aufmerksam zu machen. Wie bei der Gewinnung der als Heimarbeiterinnen beschäftigten weiblichen Personen für die gewerkschaftliche Organisation die Mithilfe der organisierten Arbeiter erforderlich ist, so können auch die als häusliche Dienstboten beschäftigten Arbeitereltern für die Arbeiterbewegung nur gewonnen werden, wenn die Familie hilfsreiche Hand leistet. Für keinen Beruf aber ist die Organisation von größerer Wichtigkeit als für diesen.

Die jungen Dienstmädchen verlassen beim Antritt der Stellung nicht allein das Elternhaus, sondern oftmals auch die Heimat und stehen nun als unerfahrene junge Menschentinder allein ihnen gänzlich fremden Verhältnissen gegenüber. Es sind ihnen nicht nur die Lebensgewohnheiten der Familien unbekannt, bei denen sie Stellung finden, sondern auch die Ortsverhältnisse und Gebräuche. Zwar soll die Aufnahme in die Familie des Arbeitgebers die daraus entstehenden Schwierigkeiten beseitigen. Die Erfahrung lehrt aber zu Genüge, daß dies nicht der Fall ist. In den letzten Wochen ist wiederholt berichtet worden, wie manche Dienstgeber ihre Stellung den Mädchen gegenüber auffassen.

Es trifft nicht zu, daß die Mädchen in häuslichen Diensten gut daran sind und durch das Zusammenleben mit der Herrschaft besser dastehen als gewerbliche Arbeiterinnen. Das Gegenteil ist der Fall. Sie sind während der Dauer des Arbeitsverhältnisses gänzlich dem Wohlwollen oder den Launen der Herrschaft preisgegeben, die sich sogar täglich an ihnen vergreifen können. Zwar hebt das bürgerliche Gesetzbuch das Zuchtungsrecht der Herrschaften formell auf, in der Praxis besteht es aber dennoch, weil nach der Gefindeordnung die Mädchen sich nicht wehren dürfen, wenn jene sich Uebergreife erlauben. Um sie es oder verlassen sie den Dienst, dann haben die Herrschaften noch immer die Möglichkeit, durch schlechte Zeugnisse das Fortkommen der Mädchen zu erschweren.

Beachtung verdient hierbei, daß das Kost- und Logiswesen den sofortigen Stellenwechsel selbst da, wo er berechtigt ist, erheblich erschwert.

Wie viele Mädchen haben nicht schon aus diesen Gründen in Verzweiflung unüberlegte Schritte begangen. Dabei ist die Arbeit der Hausangestellten schwer und der Arbeitstag unbegrenzt. Kost und Behandlung stehen oftmals in keinem Verhältnis zur Arbeitsleistung. Daß die Schlafgelegenheiten miserabel und gesundheitschädlich sind, ist viel zu bekannt, um durch Beispiele noch besonders beweisen zu werden.

Was jetzt aber sehen die Arbeitereltern diesen Dingen noch immer ziemlich gleichgültig gegenüber, sonst müßten sie weit mehr, als es geschieht, schon die jungen Mädchen, die neu in Stellung treten, auf die für Hausangestellte bestehende Organisation aufmerksam machen, die diesen den Schutz bietet, den die Familie den fern von ihr beschäftigten Familienmitgliedern nicht gewähren kann.

Der Hausangestelltenverband gewährt seinen Mitgliedern Rechtschutz in Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis, die in ihrer unmittelbaren Wirkung für die Mädchen größere Schädigung bedeuten, als die Mehrzahl der gewerblichen Streitigkeiten den Arbeitern und Arbeiterinnen bringt und versucht überall, die Schäden der privaten, gewerkschaftlichen Stellenvermittlung zu beseitigen. Er unterstützt die Mitglieder in Krankheitsfällen und bietet ihnen Gelegenheit zu geselligen Zusammenkünften mit Kolleginnen. Dabei ist der Verband bestrebt, durch beschleunigte Beiträge die Mitglieder geistig zu heben und in ihrem Verhältnis für die Verbesserungen der organisierten Arbeiterchaft zu erwecken. Hierdurch wird sicher erreicht werden, daß die Hausangestellten als spätere Arbeiterfrauen und Mütter die Pflichten erfüllen können, die Vorbereitung sind für den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse.

Schon allein aus diesem Grunde hat die Arbeiterschaft ganz allgemein ein Interesse an der Förderung der Verbesserungen des Verbandes. Die Eltern von Hausangestellten aber besonders aus den geschädigten Verhältnissen heraus. Mögen sie deshalb ihre Töchter und Bekannten auf die Organisation der Hausangestellten aufmerksam machen und sie veranlassen, Mitglieder zu werden. Der Verband hat in der kurzen Zeit seines Bestehens wiederholt bewiesen, daß den Hausangestellten aus der Mitgliedschaft nur Vorteile entstehen.

Die Adresse der Zentralstelle ist: Zentralverband der Hausangestellten, Berlin SO. 16, Engelauer St. 3. Et. Vorsitzende Frau Baise Käbler.

Genossenschaftliches.

Das Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konjunkturvereine

hielt am 9. September 1913 in Hamburg eine Sitzung im Sitzungszimmer der Verlagsgesellschaft deutscher Konjunkturvereine ab. Anwesend waren als Vertreter der Genossenschaften die Herren A. v. Elm, Heinz Kaufmann, S. Eberling, S. Lorenz und Dr. Aug. Müller, als Vertreter der Gewerkschaften die Herren Dreher, Jimpel, Freitag und Panics, und als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Herr Bauer.

Das Tarifamt nahm zunächst davon Kenntnis, daß auf Grund früherer Vereinbarungen der Ortszuschlag für Samen von 5 pSt. auf 10 pSt. erhöht worden ist, außerdem ist für Gerdorf-Lugau ein Ortszuschlag von 7 1/2 pSt. festgesetzt worden.

Das Tarifamt hatte über eine Anzahl vor ihm unabhängiger gemachten Streitfragen zu entscheiden, von denen die nachfolgenden allgemeinen Interesse beanspruchten dürften:

Eine Konjunkturgenossenschaft zahlte an die bei ihr beschäftigten Bäder geringere Ortszuschläge als an die von ihr beschäftigten Transportarbeiter, weil der Mindestlohn der Bäder höher war als der der Transportarbeiter. Das Tarifamt entschied, daß auf diesem Wege eine Gleichartigkeit der Löhne nicht herbeigeführt werden kann. Nach dem vom Tarifamt am 21. Dezember 1906 festgesetzten Grundjah für die Behandlung der Ortszuschläge müssen diese für alle Arbeiterkategorien, die mit dem Zentralverbande deutscher Konjunkturvereine in einem Tarifverträge mit Ortszuschlägen stehen, gleichmäßig festgesetzt sein. Es wurde daher erkannt, daß die betreffenden Genossenschaften auch für ihre Bäder die Ortszuschläge zu zahlen haben, die sie den Transportarbeitern zahlen.

Eine Konjunkturgenossenschaft wollte eine Arbeitszeit einführen, durch die bei ihr beschäftigten Bädern eine Mittagspause von zwei Stunden auferlegt worden wäre. Da die Bäder, die in dem betreffenden Konjunkturverein beschäftigt sind, dieser Erhöhung widersprochen, mußte der Fall nach dem Tarifamt entschieden werden. Auf Grund der Bestimmungen im § 1 Absatz 1 des Bädertarifs erkannte das Tarifamt, daß es unzulässig sei, gegen den Willen der Arbeiter eine längere Mittagspause als eine Stunde einzuführen. Konjunkturvereine, die das Arbeitsende hinauschieben wollen, können sich also nicht dazu des Mittels einer verlängerten Mittagspause bedienen.

Ein Konjunkturverein weigerte sich, einer Arbeiterin, die ein Wochenlohn durchzumachen hat, den Lohn zu zahlen, der nach § 8 des Tarifs bei Krankheiten zu zahlen ist. Das Tarifamt entschied, daß die Bestimmung des § 8 des Tarifs auf Arbeiterinnen, die ein Wochenlohn durchzumachen haben, keine Anwendung findet.

Das Tarifamt beschäftigt sich dann noch mit der Festsetzung des Grundlohnes für Chauffeure und entschied, daß der Grundlohn für Chauffeure um 2 pSt. höher ist als bei Kutschern mit neunstündiger Arbeitszeit. Zu diesem Beschlusse kommt dann noch der nach der Gesamtarbeitsvereinbarung berechnete Ortszuschlag.

Der gewerkschaftliche Vorsitzende: Dr. G. v. Elm. Der gewerkschaftliche Vorsitzende: Dr. G. Dreher.

Die Bädereibetriebe im Konjunkturverein Leipzig-Flagwitz. Ueber die Produktion in den drei Bädereibetrieben befragt der Bericht von 1912/13:

In der Bäckerei zu Flagwitz mit 20 Oefen haben wir im Laufe des Jahres gebacken: 173222 Stück große Brote, 392909 Stück große Bröte, 3670500 kleine Bröte, 21259720 Stück Weißbrot (Hauptbrot, Semmelmehl) für 1599540 wurden frische Backwaren, wie Kuchen und Stollen, hergestellt. Der gesamte Wert an Backwaren, wie sie in Flagwitz produziert wurden, betrug A. 2889324,23. In der Bäckerei zu Connewitz, die nur vier Oefen im Betrieb hat, wurden hergestellt: 87296 Stück große Brote, 1044705 Stück kleine Bröte, 87296 Stück Weißbrot, 5636779 Stück Weißbrot (Hauptbrot, Semmelmehl) für Kuchen, Stollen und dergleichen fern Backwaren veranschlagt. Der Wert der gesamten Produktion betrug annähernd A. 1240000. Es besteht die Absicht, in Connewitz noch mehrere Oefen aufzustellen (Beschreibungen mit den Notizenheften sind im Original, aus dem diese Mitteilung noch einige Veranschlagungen mit Aufwänden zu entnehmen.

Das durchschnittliche Geschäft ist, wie die Mitglieder aus der Erfahrung wissen, erheblich besser geworden. Wir hoffen, daß es durch den Ausbau zum Großbetrieb noch besser wird. Der Gesamtumsatz in den drei Betrieben betrug somit A. 4928700. Das ist der größte Produktionswert an Brot und Backwaren in konjunkturvereintem Besitzstande seit, soweit mir bekannt ist, in allen Genossenschaften, die überhaupt betreiben. Mit der Herstellung dieses Gesamtumsatzes waren 150 Personen beschäftigt.

Stimmliches.

Internationaler Arbeitersekretariat. Bericht der angeschlossenen Bundesverbände an den letzten Internationalen Arbeiterkongress in Berlin 1912. 90 S. Selbstverlag.

Arbeiter-Schulbuch - Selbstverlag. 27. Die Schulbücher von Dr. J. Jabel jun., Berlin. Preis 20 A. 20 S. Verlag Buchhandlung Borchardt, Berlin.

Rechnungslehre. Von Erich Kuntze. Preis A. 1. 14 Pf. Berlin Buchhandlung Borchardt, Berlin.

Internationales Sekretariat der Arbeiter Offener Betriebe. Bericht für das Jahr 1911. 90 S. Selbstverlag.

Gewerkschaftsartikel. Planen i. S. Die Gewerkschaftsbewegung in Planen im Vogtland im Jahre 1912. 95 S. Selbstverlag.

Arbeiterkassen Jahrbuch. Jahresbericht für 1912. 111 S. Selbstverlag.

Wilt du gesund werden? Demmes Haus- und Selbstbibliothek. Hygienische Schriften. Nr. 53: Migräne und sonstige Kopfschmerzen. 16 S. Pr. 50 A. Verlag Edmund Demme, Leipzig. Nr. 55: Das Aft h m a. 32 S. Preis 60 A. Verlag Eduard Demme, Leipzig.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 19. September starb nach schwerem Leiden unser Mitglied, der Bäder Alexander Szarszewski im 52. Lebensjahre. [A. 3,80] Ehre seinem Andenken! Verwaltung Berlin.

Dankagung.

Für die uns anlässlich unserer silbernen Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeit sagen wir allen lieben Verwandten und Bekannten, insbesondere der Siedertafel „Germania von 1881“, dem Sparclub „Puffelstie“, den Grobbäckern der Brotfabrik „Ebe“ sowie den Kollegen des Bezirks Altona-Ottensen auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank. Wilhelm Kell und Frau Aus, geb. Beckmann. [A. 4,50]

Unsern allbewährten Freunde, Kollegen und langjährigen Verbandsmitglieder Otto Urban nebst seiner lieben Frau Klara Riede die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung! [A. 4,20] Zahlstelle Gotha.

Krankenkasse der Bäderinnung zu Neukölln.

Im Auftrage des Verwaltungsrates wird die Wahl des Aufsichtsrates auf unbestimmte Zeit vertagt. [A. 3,50] Der Vorstand.

Brillante einzigste Bäckerei.

Konditorei und Café in pracht. Geb. Gart. u. den neust. Einrichtung, i. allerbest. Lage, ausbl. Artich. Gohst. Nähe Hambg., nachweisl. H. Grit. u. Lebensst. für nur A. 32000 bei A. 8000 Ang. Kauf. Rosenbrück, Bernhardt i. G.

Geischt Großhändler und Vertreter.

Für den Verkauf meines Jenseitigen „Anale-Griens“, derselbe liefert dauernd hohen Verdienst. Stets nachbestellung, viele Anerkennungen. [A. 2] Gustav Zehe, Jena a. d. Saale.

Achtung! Achtung! Café mit Bäckerei in allerbest. Lage in Elmshorn Umpfunde halber sofort unter Hauswert billig zu verkaufen durch den Verwalter J. Böttcher, Elmshorn. [A. 5,50]

Berliner Bäcker! • Tanz-Unterricht!

Schönhäuser Allee 28. • Bäcker-Verkehr. Sonntags 4 Uhr nachmittags, Mittwochs 8 Uhr abends. Aufnahme täglich. Honorar billig. Tanzlehrer E. Schütz.

Nürnberg Bäder- und Konditorgehilfen.

decken ihren Bedarf am besten bei Hans Dorfman, Schneidermeister, Hougasse 2. 1. Et., gegenüber dem Verbandshaus.

Händler Bäder- und Konditorgehilfen.

beden ihren Bedarf am besten bei Gg. Press, Schneidermeister, Wallerstr. 14/0.

Künstliche Zähne, Plomben.

Zahnoperationen mit örtlicher Betäubung Emil Bado, Zahnarzt, Berlin II, Schönhauser Allee 43 Bei der Orts- u. Innungs-Krankenkasse angestellt.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

(Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Freitag, 5. Oktober.

Altona: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Brandenburg: Vorm. 11 Uhr, Deutsches Haus, Steinstr. 21. Braunschweig (Gemeinsame): 3 1/2 Uhr im Fürstenthor, Stobenstraße. Erfeld: Vorm. 11 Uhr im Volkshaus, Breite Straße. Dortmund: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Lessingstraße. Duisburg: Vorm. 10 1/2 Uhr im „Bienenhaus“, Friedrich-Wilhelm-Platz. Düsseldorf: Vorm. 10 1/2 Uhr im Volkshaus. Flensburg: Vorm. 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Schloßstraße. Friedrichberg-Rauheide: 3 1/2 Uhr in der „Konfordia“, Bismarckstr. 22. Geesthacht: 3 1/2 Uhr bei Ernst Otto, Herberge, Bergedorfer Straße. Gera: 3 Uhr. „Zum Hainberg“ - Helmstedt: Bei Lehmann, Holzberg 7. Gildesheim: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Goshenstraße 28. Hof: Vorm. 10 Uhr, „Zur goldenen Hand“. Limbach i. S.: 8 Uhr in der „Karlsruhe“, Markt 14. Lindenwälder: 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Wehligerstraße. Lübeck: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50. Markredwitz: 2 Uhr bei Goh, Schreinerberg. Meuselwitz: 3 Uhr, „Zum Deutschen Kaiser“. Potsdam: 3 Uhr bei Hausmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 38. Rastenburg-Wilhelmshafen: 3 Uhr bei Bubbenberg, Rastenburg, Peterstraße. Saarbrücken: 3 Uhr im „Livoli“, Gerberstraße - Thorn: 2 Uhr. Ulm: 3 Uhr im Restaurant „Hohentwiel“. Ulfers: Vorm. 10 Uhr bei Stevers. Wegefall: 4 Uhr bei Brümmer, Gerhard-Rohls-Straße 55. Weimar: 3 Uhr im Volkshaus. Wehlar: 8 Uhr bei Jordan, Bahnstr. 21.

Montag, 6. Oktober.

Coburg: 5 Uhr im Restaurant „Neue Welt“. Hamburg-Altona (Seefahrende): 8 1/2 Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberstraße 15.

Dienstag, 7. Oktober.

Delitzsch: 8 Uhr im „Lindenhof“. Forst i. d. S.: 3 Uhr bei Labemann, Ecke Bahnhof- und Karlstraße. Frankfurt a. M.: 1 Uhr im Gewerkschaftshaus. Frankfurt a. d. O.: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Oberstr. 61. Hamburg-Altona, Bezirk Altona (Bäder): Vorm. 9 Uhr bei Mögel, Postenstr. 18; (Konditoren-Vadgeschäften): 8 1/2 Uhr bei Horn, Hofe Bleichen. Hanau: 3 Uhr, „Zur Stadt Frankfurt“, Kanalplatz 6. Landau i. Schl.: 3 Uhr im Volkshaus, Breite Straße 23. Nürnberg: 5 1/2 Uhr, „Historischer Hof“. Stendal: 6 Uhr bei Grothe, Elisabethstraße 3.

Mittwoch, 8. Oktober.

Angsburg: 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, F 313. Gießen-Weimar: 4 Uhr im Gewerkschaftshaus. Hamburg-Altona (Fabrikbranche): 7 Uhr bei Käfer, Frankfurterstraße 14. Homburg v. d. S.: 8 Uhr „Zur neuen Bräde“. Landsberg a. d. W. (Konditoren-Fabrikbranche): 8 Uhr bei Daber, Mollstraße 18. Straßburg i. Elz. (Bäder): 3 Uhr im „Bogelgang“, Schiffenstraße 7. Tenzig i. d. O.-L.: 5 Uhr im Hotel „Hohentwiel“, Bismarckstraße. Trier: 4 Uhr. „Zum Fürsten Bismarck“. Waldenburg i. Schl.: 4 Uhr, „Zur Sandmühle“, Innenstraße. Wolfenbüttel: 8 Uhr bei Friede, Fischerstraße.

Donnerstag, 9. Oktober.

Altenburg: 2 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Amberg: 1 1/2 Uhr, „Zum grünen Kranz“, Sulzadelpfad. Casel (Fabrikbranche): Nach Feierabend, „Kleiner Stadtpark“, Obere Karstr. 13; (Bäder): 3 Uhr, „Kleiner Stadtpark“, Obere Karstr. 13. Coblenz: 4 Uhr, „Zum wilden Mann“, Mollstraße. Erlangen: „Zum goldenen Hekt“, Glodenstraße. Freiburg i. Br. (Sektion I): 2 Uhr bei Wöttinger, Löwenstr. 8. Gotha: 4 Uhr im Volkshaus „Zum Mohren“. Hamburg-Altona (Weißbäder): 3 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Kaiserlautern: 4 Uhr beim „Schlamassel“, Steinstr. 2. Ludwigschafen: 2 1/2 Uhr im „Ratstetter“, Schillerstraße. Reg.: 3 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Deutsche Straße. Schneebühl: Im „Bürgerhaus“, Breiter Weg. Smeria: 6 Uhr, „Thalia“, Graf-Schack-Straße. Würzburg: 3 Uhr, „Zum goldenen Fahn“.

Freitag, 10. Oktober.

Braunschweig (Bäder): 3 1/2 Uhr im „Fürstenthor“, Stobenstraße. Halle a. d. S. (Fabrikbranche): 8 1/2 Uhr, Kleine Klausstr. 7. Hamburg-Altona (Fabrikbranche): 6 Uhr bei Ost, Friedensallee 260.

Sonntag, 11. Oktober.

Hamburg-Altona (Grobbäder): 8 1/2 Uhr bei Blomh, Michelsstr. 60. Leipzig (Fabrikbranche): 8 1/2 Uhr bei Nidau, Gohlis, Elisabethstraße. Radebeul: 8 Uhr, „Zum Gombrows“, Pöngelstraße 6.

Sonntag, 12. Oktober.

Bergedorf: 3 Uhr, „Deutsches Haus“, Sachsenstraße. Barmen: Im Gewerkschaftshaus, Schulstr. 17. Bremerhaven: 3 Uhr im „Bayerischen Hof“, Langstraße 18. Eisen a. d. O.: Vorm. 10 Uhr im Restaurant Gathe, Allendorfer Straße 318. Fagen-Schwerte: Vorm. 10 Uhr bei Schürhof, Fagen, Gohstr. 85. Halbesandt: Feidensheim a. d. Oreg.: Vorm. 10 Uhr in „Lamm“. Herford: Vorm. 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Rurfürstr. 2. Jena: 2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Oldenburg: 3 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Arndstr. 2. Osnabrück: Vorm. 11 Uhr bei E. Müller, Lohstr. 50. Planen i. S.: 3 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus „Schillerpark“. Reimscheid: Vorm. 10 Uhr im Volkshaus, Bismarckstr. 61. Rosdorf: 8 Uhr in der „Philharmonie“. Suhl: 8 Uhr in Domberg „Anficht“. Weiden: 1 Uhr „Zur Sonne“. Wittenberg (Galle): Vorm. 10 Uhr „Zur Einigkeit“, Löpferstr. 1.

Für die Redaktion verantwortlich: Fritz Behler, Hamburg, Ecke Linderhof 67. Verlag von O. Almann, Hamburg. Postfachnummer 2000. Druck und Verlagsanstalt Kurt & Co. in Hamburg.